



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/138 - 24. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Ungarn Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB	56
2	De Gaulle vor dem zweiten Algerienbesuch Französisches Kaleidoskop	49
3 - 4	Eisenhower und Adams Ein neuer Schläger für die Demokraten	73
5	Schleswig-Holstein gab sich ein Atomgesetz Was die Regierungsmehrheit "vergass"	48
6 - 7	Ermächtigungsgesetz gegen den Rundfunk Bemerkenswerte Offenheit eines CDU-Organ	73

* * * * *
* * * * *

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, MdB

Am 19. Juni d.J. hat der Deutsche Bundestag durch seinen Präsidenten die vier Opfer der Budapester Blutjustiz geehrt. Dr. Gerstermaier sagte u.a.:

"Der Deutsche Bundestag gedenkt in dieser Stunde in tiefer Anteilnahme und Verbundenheit der Ungarn Imre Nagy, Miklos Gimes, Pal Maleter und Joseph Szilagy, die unter den Händen des Henkers gestorben sind... Als die späten und edlen Opfer eines Aufstandes, vor dessen Kraft und Rang die Welt vor eineinhalb Jahren den Atem anhielt, sind sie gefallen."

Diese Ehrung galt vier Kommunisten - toten Kommunisten, zu denen der Bundestag keine Beziehungen gewünscht hätte, wenn sie wie Tito oder Gomulka am Leben wären und in Ungarn zu regieren hätten. Auch als Nagy 1953 schon einmal Ministerpräsident in Ungarn war, galt er nichts in der Bonner Politik. Darin wird die Widersprüchlichkeit deutlich, die über dem Vorgang waltet.

Vor eineinhalb Jahren habe ich in einer Zeitung geschrieben:

"Wir alle sind mit unseren Herzen bei denen, die in Ungarn wirklich nichts anderes als die Freiheit wollten. Aber es gilt zugleich auch einer schrecklichen Verwirrung zu wahren. Hat das Geschehen in Ungarn die westliche Politik gerechtfertigt? Ist die gebotene Konsequenz, dass wir nun erst recht aufrüsten müssen? Die ewig Gestrigen reden so. Jahrelang hat westliche Propaganda mit Treibballons, Radiosendungen und auf allerlei sonstige Weise die Befreiung verheissen. Sogar Dr. Adenauer redete bekanntlich von einer Neuordnung ganz Osteuropas aus seiner Politik der eingebildeten Stärke. Widerstand und Aufruhr wurden in Ungarn genährt; kühne Hoffnungen auf den Westen wurden geweckt und gestärkt. Als aber der Tag kam, als Ungarn sich erhob, als "Freiheitskämpfer" riefen: "Völker der Welt, helft uns! Nicht mit Worten, sondern mit Soldaten und Waffen!" - da erwies es sich, dass der Westen nur hohle Worte und keine Taten zu bieten vermochte. Selbst wenn England und Frankreich nicht zur gleichen Stunde ihren Überfall auf Ägypten betreiben hätten, wäre es nicht anders verlaufen, als es verlief. Westliches Eingreifen mit Waffen hätte nur den dritten Weltkrieg auslösen können."

Wenn die Budapester Todesurteile heute die ungarische Tragödie noch einmal bewusst machen, so lassen sie zugleich auch deutlich werden, wie sehr unsere Politik seitdem auf der Stelle getreten hat. Inzwischen haben wir die Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen und zu Polen auch weiterhin gar nicht erst aufgenommen. Unser Verhältnis zu den östlichen Nachbarn von der Vergangenheit her durch uns auf das schwerste belastet, ist weiterhin im argen geblieben. Immer noch betreibt Bonn eine Politik, die seine Nachbarn gegen eine Wiedervereinigung unseres Volkes einnehmen muss, weil sie ihnen das Gefühl aufnötigt, dass ihre Sicherheit am besten durch deutsche Spaltung und einen "arschauer Pakt" als Gegenbündnis zur NATO gewährleistet sei. Immer noch will Bonn nicht hören, was ein Mitglied der 1956er Regierung des gehängten Nagy, nämlich Istvan Bibó, im Herbst v.J. (laut "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 12.9.57) aus der Haft schrieb:

"Die ungarische Revolution bedeutet, dass die westliche Welt sich auf eine Politik umstellen muss, die nicht aggressiv und nicht machtpolitisch geartet ist, trotzdem aber aktiv und von Unternehmungsgeist erfüllt bleibt. Ihr Ziel muss es sein, ohne ihnen das eigene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aufzwingen zu wollen, Schritt um Schritt die osteuropäischen Länder und schliesslich auch die Sowjetunion selbst für die Freiheit westlicher Art und die hinter ihr vergangene gemeinsame politische Moral zu gewinnen."

Das mag eine weitgespannte Hoffnung sein. Aber auch dieser Mahnung eines ungarischen Freiheitskämpfers sollten wir gedenken, wenn der Bundestag die vier toten Ungarn heute ehrt.

De Gaulle vor dem zweiten Algerienbesuch

Paris -

Die Regierung de Gaulle steht vor einer neuen Belastungsprobe. Am 2. Juli wird Ministerpräsident de Gaulle in Begleitung des früheren Ministerpräsidenten und Generalsekretärs der Sozialistischen Partei, Guy Mollet, jetzt Mitglied der Regierung, in Algerien zu einem zweiten Besuch eintreffen. Im Februar 1956 war Mollet in Algerien mit faulen Tomaten beworfen worden. Jetzt fordern die algerischen "Wohlfahrtsausschüsse" de Gaulle auf, seinen Ministerkollegen Mollet zu Hause zu lassen. De Gaulle scheint entschlossen zu sein, es auf die angekündigte Kraftprobe mit den Wohlfahrtsausschüssen ankommen zu lassen. Er glaubt sicher, dass die politische Entwicklung für ihn spricht und stärker ist, als jene Gruppen, die sich heute noch als die "Erneuerer Frankreichs" bezeichnen. Hierbei rechnet er auf die Treue der französischen Armee. Im Hintergrund steht aber auch die Tatsache, dass die meisten wohlhabenden, in Algerien ansässigen Franzosen schon seit einiger Zeit ihre Vermögen nach Frankreich oder in die Schweiz geschafft haben. Das Gros der Wohlfahrtsausschüsse setzt sich also heute mehr aus den französischen, in Algerien sesshaften Mittelschichten zusammen, deren Einfluss auf das Mutterland nur dann beträchtlich wäre, wenn die Armee zu ihnen stehen würde.

Der Ministerpräsident bringt bei seinem zweiten Besuch in Algerien auch einen "nordafrikanischen Erfolg" mit. Dass Tunis und Marokko zunächst kein politisches Nordafrika-Programm gemeinsam und ganz offiziell mit den Vertretern der algerischen Freiheitsbewegung entwickeln, sondern ihre Beziehungen zu Paris - unabhängig vom Schicksal der algerischen Freiheitskämpfer - zu verbessern suchen, kann von de Gaulle bei seinen Gesprächen mit den politischen Gruppen in Algerien als Kapital eingesetzt werden.

In der Zwischenzeit versucht de Gaulle, die Unabhängigkeit Frankreichs von den Vereinigten Staaten sichtbar werden zu lassen. Der neue französische Ausserminister und frühere Botschafter in Bonn, Couve de Murville, erklärte kürzlich, Frankreich wolle eine selbständige Atommacht werden und würde keineswegs von einem eventuell gefassten Beschluss der Amerikaner, Engländer und Russen über die Einstellung der Atomwaffenversuche berührt sein. Bei gleichzeitiger Betonung der guten Freundschaft zu den USA wird in Paris mehr und mehr von der diplomatischen Anerkennung Chinas gesprochen. Die technischen Voraussetzungen dafür sind bereits geschaffen. Im nächsten Monat wird man von Peking nach Paris mit einer Zwischenlandung in Moskau fliegen können. Die Vorgängerregierungen de Gaulles hatten für die Landung sowjetischer Linsenpassagierflugzeuge (Tu 104) auf einen Pariser Flugplatz keine Erlaubnis gegeben; angeblich wegen der zu grossen Lärmentwicklung. De Gaulle hat diesen Beschluss korrigiert...

Überraschenderweise kann heute schon die französische Goldanleihe als ein grosser Erfolg der Regierung bezeichnet werden. Das seit Jahren privat gehortete Gold kommt zum Vorschein, und auch das in den letzten Monaten ins Ausland geflüchtete Kapital kehrt wieder zurück.

+ + +

Eisenhower und Adams

New York, Mitte Juni

"Ich brauche Adams" - das ist das letzte und entscheidende Wort Eisenhowers in der Adams-Krise, der bisher peinlichsten Affäre seiner Regierung. Denn Adams ist der entscheidende Mann im Weissen Haus: derjenige, der die Regierung zusammenhält und zumindest in der Innenpolitik der wirkliche Chef ist. Ein grausamer, in Amerika veroreiteter Scherz der letzten Jahre sagte: Wenn Eisenhower ausscheidet, wird Nixon Vizepräsident. Aber was geschieht, wenn Adams verschwindet: wird dann Eisenhower Präsident?

So gab es für Eisenhower keine andere Lösung als an Adams festzuhalten. Ob er aber damit - abgesehen von der moralischen Seite der Frage - politisch das Richtige tat und ob die Entschiedenheit, mit der der Präsident zu seinem engsten Mitarbeiter stand, auch die Affäre wirklich beenden wird, ist eine andere Frage. Denn es besteht kein Zweifel, dass die kleine und kleinliche Affäre des Mr. Adams die amerikanische Öffentlichkeit höchst peinlich berührt. Man mag die Begründungen und Entschuldigungen, die Adams gab, drehen und wenden, wie man will, eines bleibt unbestritten: dass der Mann, der viele und wichtige Entscheidungen für den Präsidenten der Vereinigten Staaten trifft, für einen "Freund" in wichtigen Fragen bei Behörden intervenierte, die unter der direkten Kontrolle des Weissen Hauses, d.h. also des Mr. Adams, stehen. Und von diesem Mann erhielt Adams Geschenke: in der Form von bezahlten Hotelrechnungen und zwar gerade zu der Zeit, in der die Interventionen Adams zugunsten seines "Freundes" stattfanden, in der Form eines Luxus-Teppichs usw. Gerade die Kleinlichkeit, mit der Adams diese Geschenke annahm - indem er sich in Hotels freihalten liess -, geht auch über das Ausmass des Landesüblichen, auch der in Washington annehmbaren "Freundschaftsgeschenke" hinaus.

Dazu kommt, dass Adams sich nicht darauf berufen kann, dass er jedermann solche Gefälligkeiten erwies. Von allen Männern, die Eisenhower nach Washington brachte, ist Adams der unzugänglichste, hochmütigste: der Mann, der niemals vor einem Kongress-Komitee erschien, niemals Journalisten Auskunft gab und sich hinter dem Schild der Vertraulichkeit barg, die sein besonders enges Verhältnis zum Präsidenten erforderte. Wenn also Adams für seinen "Freund" Goldfine intervenierte, war dies durchaus nichts Alltägliches - wie etwa, wenn ein Abgeordneter für seine Wähler interveniert, was in Washington alltäglich ist. Es war

24. Juni 1958

also ein besonderer Dienst und ein besonders wirkungsvoller Dienst, denn ein blosser Anruf von Sherman Adams bedeutet für jeden höheren Beamten in Washington einen Befehl des Präsidenten...

Eisenhower hätte also wohl das politisch Beste getan, wenn er sich von Adams getrennt hätte. Die Nutzniesser von Eisenhowers Hartnäckigkeit, der wohl nur unter dem Eindruck neuer Enthüllungen - sie sind nicht ausgeschlossen - seine Entscheidung über Adams rückgängig machen könnte, werden die Demokraten bei den November-Wahlen sein. Denn die Wähler haben nicht vergessen, wie gerade Adams, unter der Maske eines unbestechlich strengen Puritaners aus New-England, den Teil von Eisenhowers Kampagne insbesondere 1952 beeinflusste, der sich gegen die "Misswirtschaft in Washington" und gegen Kleinliche, von den gegenwärtigen nicht wesentlich verschiedene Schabigkuiten und Korruptionsfälle unter Truman richtete. Der Unterschied war nur, dass keiner der damals kompromittierten Personen auch nur annähernd soviel Macht in seiner Hand vereinigte wie Adams.

Die Republikaner werden diesmal die Leidtragenden sein. Ihr Ressentiment gegen Adams, den sie wegen seines Hochmutes niemals recht mochten, und gegen Eisenhower, der ihnen nicht mehr zu politischen Erfolgen verhilft, wird nun rasch wachsen. Dann die Adams-Affäre dürfte in den kommenden Wahlen eine sehr grosse Rolle spielen. Hatte der Präsident schon bisher keinen entscheidenden Einfluss in seiner eigenen Partei, so wird dieser nun durch das gesunde politische Bedürfnis vieler Kandidaten vermindert werden, sich persönlich aus der zu erwartenden republikanischen Niederlage im November zu retten. Der Führer der Republikanischen Senatsfraktion, Knowland, der eigentlich der Wortführer des Präsidenten im Senat sein sollte, hat bereits mit der Abgrenzung begonnen...

Im Übrigen lernen jetzt viele Amerikaner verstehen, dass alles, was ihnen von reinigenden Wirkungen des unpolitischen Generals, der über das Parteinenspiel und die Korruption der Demokratie erhaben sei, in zwei Präsidentenwahlen erzählt wurde, zu den üblichen Propagandatricks gehörte, deren sich die Republikaner so geschickt zu bedienen wussten. Denn nur Eisenhowers politische Unerfahrenheit und seine militärische Methode, sich auf einen Generalstabschef völlig zu verlassen, haben dazu geführt, dass neben dem Präsidenten ein allmächtiger, von der Öffentlichkeit nicht kontrollierter Mann regierte. Die Erfahrung lehrt, dass in der Demokratie nur geschulte Politiker die verlässlichsten Staats- und Regierungschefs sind.

+ + +

Schleswig-Holstein gab sich ein Atomgesetz

mu - Das kleine Bundesland Schleswig-Holstein hat sich jetzt ein "Landesgesetz über die Errichtung und den Betrieb von Kernreaktoren für Forschung und Lehre und zur Regelung des Strahlenschutzes" geschaffen. Dieses Gesetzeswerk, das der Regierung auch die Vollmacht gibt, eine Verordnung über den Schutz gegen Schädigungen durch Strahlen radioaktiver Stoffe zu erlassen, war dringend notwendig, weil der grösste Forschungsreaktor des Bundesgebietes auf dem Elbekoofufer bei Geesthacht bereits im August zu arbeiten beginnt.

Bei diesem Gesetz hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion konstruktiv mitgearbeitet, und es ist ihr gelungen, im Interesse der Bevölkerung darin wesentliche Merkmale festzulegen. Die Regierung hatte in ihrem Gesetzesentwurf mit keinem Wort erwähnt, dass das "Landesatomgesetz" vorschreiben sollte, radioaktive Elemente dürfen nur für friedliche Zwecke verwendet werden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben es aber durchgesetzt, diese Bestimmung im Gesetz zu verankern. So hat heute jedermann die Gewähr dafür, dass von den Forschern in Geesthacht nicht eines Tages verlangt werden kann, etwa atomare Granaten vorzuentwickeln. An der Bestimmung über die friedlichen Zwecke scheiterte seinerzeit das Bundesatomgesetz, weil eine Gruppe beflissener Abgeordneter der CDU/CSU im Bundestag diese Bestimmung nicht wollte.

Die mit dem Landesatomgesetz herausgegebene Strahlenschutzverordnung ist sehr eng zur Sicherheit der Arbeitnehmer in der neuen atomaren Industrie gefasst. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben jetzt sehr konkrete Bestimmungen an die Hand bekommen, um den Arbeitnehmer vor Strahlenschädigungen jeder Art zu schützen. Da wird beispielsweise vorgeschrieben, dass werdende und stillende Mütter, sowie Jugendliche unter 18 Jahren nicht in Industrien beschäftigt werden dürfen, in denen mit radioaktiven Stoffen umgegangen wird. Ferner ist eine besondere Urlaubsregelung vorgesehen für jene Arbeitnehmer, die mit offenen radioaktiven Stoffen umgehen, oder die bei ihrer Tätigkeit mehr als ein Zehntel der höchstzulässigen Strahlendosis erhalten haben.

Überhaupt wird in der so wichtigen Strahlenschutzverordnung, die der Bund nicht herausgehen lassen konnte, weil das Bundesatomgesetz verzögert wird, Umgang, Beförderung, sowie Einfuhr und Ausfuhr mit radioaktiven Stoffen vorgeschrieben und genehmigungspflichtig gemacht. Auch das war dringend notwendig, weil der Kernbrennstoff für den Atomreaktor in Geesthacht etwa Mitte Juli auf dem Luftwege aus den Vereinigten Staaten in Hamburg-Fuhlsbüttel eintreffen wird. Mit diesen Uranstäben in Aluminiumschutzhüllen soll der Reaktor eine Leistung von am Anfang 5000 Kilowatt zur Erforschung atomarer Schiffsantriebe entwickeln.

Ein wenig traurig stimmt es indes, dass in einem Reaktor aus dem Uran Plutonium wird. Diese Plutoniumstäbe gehen in die Vereinigten Staaten zurück, aber man wird die USA nicht daran hindern können, aus diesem Rohstoff für atomare Sprengkörper etwa Atomgranaten zu machen, nachdem die kritischen Massen immer kleiner gemacht werden konnten.

Ermächtigungsgesetz gegen den Rundfunk

J.F.W. Man muss der CDU dankbar sein, dass sie in ihrer "Politisch-Sozialen Korrespondenz" klar gestellt hat, welche Absichten hinter ihrem Drängen auf ein Bundes-Rundfunk- und Fernseh-Gesetz stehen. Seit der Bundestagsdebatte vom 28. Februar 1958 über das kommerzielle Fernsehen werben namhafte Sprecher der CDU immer wieder für den Gedanken einer bundesgesetzlichen Rundfunkregelung. Stets gipfelten diese Äusserungen in dem Hinweis, es ginge der Regierungspartei nur um eine zweckmässige Reform der Organisation von Rundfunk und Fernsehen; keineswegs aber sei unter dem Vorwand dieser Neuorganisation eine Zerstörung der politischen Unabhängigkeit des Rundfunks beabsichtigt.

Jetzt weiss man nun, was von solchen Versicherungen zu halten ist. Mit der krassen Offenheit eines hemmungslosen Machtgefühls, wie sie seit den Bundestagswahlen immer mehr zum politischen Stil der CDU wird, fordert die "Politisch-Soziale Korrespondenz" ein politisches Gesetz für den Rundfunk, da er ein politisches Instrument erster Ordnung sei.

Wahrhaftig, der Rundfunk kann ein politisches Instrument zur Meinungsbeeinflussung der Untertanen in der Hand einer Regierung sein! Zwölf Jahre lang haben wir zu unser aller Schaden erfahren, wie wirksam eine bedenkenlose Staatsführung dieses Instrument zum Ausbau ihrer Machtstellung missbrauchen kann. Unter dem Eindruck dieser unheilvollen Erfahrung haben die Länder der Bundesrepublik darauf verzichtet, unsere Rundfunkanstalten nach 1945 wiederum zu einem Machtmittel des Staates zu machen und ihnen in Rahmen ihrer gesetzlich verankerten Unabhängigkeit die Aufgabe gestellt, verantwortungsbewusst zu unterhalten, objektiv zu belehren und überparteilich zu berichten. Der deutsche Rundfunk ist seither dieser Aufgabe im allgemeinen gerecht geworden und hat damit einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung unserer Demokratie gehabt. Hiermit soll also jetzt Schluss sein, wenn es nach dem Willen der CDU geht! Der Rundfunk soll wieder zu dem erniedrigt werden, was er unter Hitler war: er soll beeinflussen, statt aufzuklären und verkünden, was die Hörer denken sollen, statt zu ihrer selbständigen Meinungsbildung beizutragen.

Auch die CDU weiss, dass solche Forderungen bei einem Volke, das zwölf Jahre die Diktatur eines Staatsrundfunks erlebt hat, wenig populär sind. Darum nimmt die "Politisch-Soziale Korrespondenz" zur Be-

gründung ihrer Forderungen wieder einmal Zuflucht zu dem Ammenmärchen, das Rundfunkprogramm sei "links", die Funkhäuser würden von der SPD beherrscht. Die Tatsachen werden verbogen, bis sie in dieses Märchenbild passen. So wird von dem Saarbrücker Rundfunkintendanten, einem langjährigen Mitglied der CDU, lediglich als von einem "Nahestehender" gesprochen und auch dies noch mit der Einschränkung, dass dieses Nahestehen sehr schwer zu beweisen sei. CDU-Mitglieder und -Anhänger, die als Chefredakteure oder auf anderen wichtigen Programmposten das Gesicht des deutschen Rundfunks maßgeblich bestimmen, werden der Einfachheit halber völlig verschwiegen.

Hier soll nicht im schlechten Stile der CDU-Korrespondenz mit solchen Hinweisen eine Gegenrechnung aufgemacht werden. Es biesse, der CDU bei ihrem Bestreben, den unabhängigen Rundfunk zu zerstören, Hilfe leisten, wenn man, wie sie, die Mitarbeiter des Rundfunks wegen ihrer politischen Überzeugung verdächtigen wollte. In den Verwaltungskörperschaften des Rundfunks, die die leitenden Persönlichkeiten der einzelnen Anstalten berufen, sitzen Anhänger der CDU und der SPD. Von den ersteren mehr als von den zweiten. Aber fast immer einigten sie sich auf einen gemeinsamen Kandidaten, gleich ob sie einen Mann der CDU, der SPD oder einen Parteilosen beriefen. Die berufliche Qualität der Bewerber und die Gewissheit, dass er gewillt sei, sein Amt unabhängig zu verwalten, gaben bei den Berufungen den Ausschlag. Diesen Geist der Fairness unternimmt es die CDU, mit ihrem kleinlichen parteipolitischen Einmaleins zu zerstören. Sie wirft den Männern im Rundfunk, die sie zu recht oder unrecht als Sozialdemokraten bezeichnet, nicht politische Einseitigkeit in der Ausübung ihres Amtes vor, weil sie solche Beschuldigungen nicht erheben kann. In ihrem totalitär vereinfachten Bild ist jeder Intendant, ist jeder Redakteur allein schon dann für die Mitarbeit im Rundfunk ungeeignet, wenn er nicht zur CDU gehört, sondern möglicherweise einer anderen Partei zuzurechnen ist.

Es klärt die Fronten, dass die "Politisch-Soziale Korrespondenz" sich zu der Absicht, den Rundfunk zu einem parteipolitischen Instrument zu erniedrigen, in einem Augenblick bekennt, in dem Reformen der Rundfunkorganisation zur Diskussion stehen. Man weiss jetzt, klarer als bisher, dass ein Bundesrundfunkgesetz den Rundfunk nicht reformieren, sondern ebenso knabbeln soll, wie es mit der "lex Soraya" der Presse zgedacht ist.

+ - +

Verantwortlich: Günter Markscheffel